

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschkeuditz behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abboller 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208 — **Polstschekkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10erzeile, Kolonelleile 35 Bfg., bei Platzvorrat 40 Bfg.
Stellenangebote 10erzeile 25 Bfg. Familienanzeigen von Privaten die 10erzeile mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mk. Inlerate v. ausw.: die 10erzeile, Kolonelleile 40 Bfg. bei Platzvorrat, 50 Bfg. Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Die Aussperrung ist tot!

Es lebe die Aussperrung!

Dem für die Metallindustrie in Mitteldeutschland gefällten und verbindlich erklärten neuen Schiedspruch fügt sich nun auch die vom DMB geführte Arbeiterschaft. Streit und Aussperrung in Mitteldeutschland sollen damit ihr Ende finden. Die für den Gesamtbereich der deutschen Metallindustrie angeordnete Aussperrung ist zwar nur vertagt, aber nach dem Lauf der Dinge in Mitteldeutschland wohl auch erledigt. Um so bemerkenswerter ist eine Meldung der dem Unternehmertum sehr nahestehenden Telegraphenunion vom 22. Februar, daß für Montag oder Dienstag in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller eine Arbeitsniederlegung der dort beschäftigten etwa 4000 Werkzeugmacher drohe, und daß es „nicht ausgeschlossen“ sei, „daß die Arbeitgeberseite mit einer Gesamtaussperrung in der Berliner Metallindustrie antwortet“.

Die Unternehmer bleiben also bei ihrer Praxis, die sie konsequent seit dem Streit um die Arbeitszeitregelung in den Warmbetrieben der Schwerindustrie zu Ende des vergangenen Jahres begonnen haben. In diesen Tagen hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine „Denkschrift zur Lohnbewegung“ verbreitet, in der der Meinung Ausdruck gegeben wird, „daß die deutsche Wirtschaft sich in einem für ihre Zukunft entscheidenden Abschnitt ihres Umstellungs- und Konsolidierungsprozesses befindet“. „Die ständige Verkürzung der Arbeitszeit“ hat nach dieser Denkschrift bereits „eine für unsere Wettbewerbsfähigkeit sehr bedenkliche Beschränkung in der Ausnutzung der Produktionsmittel erzwingen“. Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen konnten bisher, so wird weiter gesagt, durch „das sehr scharfe Tempo der Rationalisierung“ ausgeglichen werden. Die Arbeitgeberverbände erklären aber, daß sich die bisherige „Senkung der Selbstkosten durch Rationalisierung“ „weder technisch noch finanziell unbegrenzt fortsetzen“ lasse.

Das ist die Grundlage der Unternehmerargumentation für ihre stete Aussperrungsbereitschaft. In der Deutschen Bergwerkszeitung ist in diesen Tagen vollkommen im Einklang mit solcher Argumentation erklärt worden, daß die Ablehnung des neuen Schiedspruches für die mitteldeutsche Metallindustrie durch die Unternehmer „nicht wegen der Erhöhung um 2 Pfennig“ erfolgt sei. „Man muß sich immer wieder klar machen“, so sagt die Deutsche Bergwerkszeitung, „daß es sich in diesem Falle um einen Prinzipienstreit handelt“. Es ist notwendig, diese Tatsache auch der Arbeiterschaft immer wieder ins Bewußtsein zu hämmern. Ob man das, wie es z. B. sogar eine Delegiertenversammlung des Verbandes evangelischer Arbeiter- und Volksvereine von Groß-Berlin getan hat, in der Zuspitzung formulieren will, daß die Unternehmer einen „überspannten Machtgedanken“ durchsetzen wollen, ist dabei gleichgültig. Das wesentlichste ist, sich klar zu machen, daß wir uns in mitten außerordentlich verärfelter sozialer Gegensätze befinden, deren Ausdruck dieser „Prinzipienstreit“ ist.

Die Unternehmer bemühen sich, die grundsätzliche Bedeutung der gegenwärtigen Kämpfe auch darin zum Ausdruck zu bringen, daß sie behaupten, gegen den überwuchernden Einfluß der Gewerkschaften Stellung nehmen zu müssen. In der vor einigen Tagen stattgefundenen Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen hat der bekannte Generaldirektor Reusch erklärt, „die heutige Regierung stehe in zu starkem Maße unter dem Druck der Gewerkschaften“. Am 22. Februar handelte die Deutsche Bergwerkszeitung in einem „Gewerkschafts-Anheißel“ überschriebenen Artikel dieses Thema weiter ab. Sie erklärte, den Nachweis führen zu wollen, „eine wie unheimliche Rolle heutzutage in unserm Zusammenhange von den „immer mehr zahlreicher gewordenen Gewerkschaften“, und richtete an die bürgerlichen Parteien die Aufforderung, sich darüber klar zu werden, „daß sie mit dem Entgegenkommen an die Gewerkschaften einen gefährlichen Kurs gesteuert sind“.

Das alles konzentriert sich dann in einem ganz aktuellen Unternehmerkampf gegen das Schlichtungswesen. Es ist ausgerechnet die Kölnische Zeitung, ein sich oft recht arbeitervreundlich gebendes Blatt der Deutschen Volkspartei, das sich am 21. Februar unter der Ueberschrift „Korrumpierende Lohnpolitik“ zu „bittern und ironischen Betrachtungen“ gegen das Schlichtungswesen und gegen den Reichsarbeitsminister gedrängt fühlte. In diesem Artikel kommt allerdings zum Ausdruck, daß eigentlich die Unternehmer gerade jetzt weniger Ursache als früher hätten, gegen das Schlichtungswesen aufzutreten. Die Kölnische Zeitung gibt nämlich zu, daß „die letzten Schiedsprüche“, vom Unternehmerstandpunkt beurteilt, „zweifellos vorzüglicher in der Taktik und der Ziehung der Belastungsgrenzen geworden sind“. Dabei vertritt die Kölnische Zeitung dann auch die tieferen Beweggründe des Unternehmertums bei seiner Aktion gegen das Schlichtungswesen. Das Blatt Stresemanns erklärt nämlich:

Die Republik hat ihren König

Amanullah ist da

218 Berlin, 22. Februar.

Der König von Afghanistan ist heute vormittag programmgemäß auf dem Lehrter Bahnhof eingetroffen. Um 15.30 Uhr stattete er dem Reichspräsidenten in seinem Hause einen Gegenbesuch ab. Anschließend fuhr der Stellvertreter des Reichszanzlers, Hergt, in das Palais Prinz Albrecht, um an Stelle des erkrankten Reichszanzlers dem Königspaar einen Besuch abzustatten. Um 17 Uhr empfing der König das diplomatische Korps unter Führung des Doyens des diplomatischen Korps Runtius Facelli. Im Anschluß an das Essen, das der Reichspräsident heute abend zu Ehren des Königs und der Königin von Afghanistan gab, fand um 10.15 Uhr im Hofe des Hauses des Reichspräsidenten ein großer militärischer Zapfenstecher statt, der von 11 Musik- und 3 Spielmannskorps der Berliner Garnison ausgeführt wurde.

Auch Wilhelm der Kleine fährt auf

Der Soz. Pressedienst teilt mit:

Wenn Könige in Berlin einziehen, dann darf natürlich der ehemalige deutsche Kronprinz nicht fehlen. Etwa eine Stunde nach dem Einzug des afghanischen Königspaares fuhr er im Auto durch das Brandenburger Tor, um sich nach dem Kaiser-Wilhelm-Palais zu begeben. Er berührte selbstverständlich die Punkte, wo sich besonders zahlreiches Publikum eingefunden hatte. Einige

Der Emir von Afghanistan



Leute erkannten ihn, zogen die Hüte und begrüßten ihn durch Zurufe. Im Nu war das Auto von einer dichten Menge Neugieriger und Aufgeregter umgeben, die ihm „Ovationen“ bereiteten. Nur mit Mühe konnten die Schutzpolizisten dem Auto einen Weg durch die Menge bahnen.

Was Herrn Lubendorff mit seinem „zufälligen“ Spaziergange am Brandenburger Tor nicht gelang, wer weiß, vielleicht ge-

lingt es dem Beherrscher aller Afghanen, im Bunde mit der „republikanischen“ Presse, die in Männerstolz vor asiatischen Königskronen in De- und in Wehmut erstirbt. Heiliges Nganz!

Für die deutsche Industrie ist der Besuch des Afghanen ein Geschäft wie jedes andere, für das man Klame und Propaganda machen muß. In der Weltbühne stellt Morus fest, daß sich die gesamte Einfuhr Afghanistans im Jahre 1925 auf 2 1/2 Millionen Pfund Sterling belief. Die amtliche deutsche Außenhandelsstatistik führt vorfahndender Afghanen überhaupt nicht gesondert auf. Es rangiert, zusammen mit Arabien, Mesopotamien, Syrien und einem Dutzend anderer asiatischer Gebiete in einem Sammelposten, der für Deutschland mit 8 Millionen Mark Ausfuhr zu Buche steht. Der Besuch Amanullahs kostet die deutsche Republik viele Hunderttausende von Mark und Morus hat vollkommen recht, wenn er bemerkt, „daß die Spesen dieser Festwoche gewiß nicht viel kleiner sein werden, als der deutsche Jahresexport nach Afghanistan“.

Würde die deutsche Industrie diese Klame von sich aus unternehmen, dann wäre das eine Privatangelegenheit der großen Wirtschaftsverbände. So aber zählt diese Klamebesen die Republik, die breite Masse der Steuerzahler. Im übrigen trägt nur noch die Presse Vorteile davon, der durch den Beherrscher der Afghanen über eine kurze Saure-Gurken-Zeit hinweggeholfen worden ist. Und überhaupt die deutsche Presse! Daß die Organe der Streikmanipulation, die sich ansonsten republikanisch gebürdet, ihre ersten Seiten voll und ganz dem Gesange des Afghanen-Königs weihen, ist allzu bezeichnend für die Einstellung dieser Organe und ihrer Partei. Die halbsozialistische Deutsche Allgemeine Zeitung, durch die einige Millionen aus dem Geheimfondsgeldern des Auswärtigen Amtes hindurchgeschossen sind, schließt unter der gesamten Berliner Presse den Vogel ab. Aber auch die republikanischen Zeitungen, die Presse der sogenannten „Afghandemokratie“, ist bestrift, durchaus nicht zurückzuführen. Sie schilt bei dem Einzug des Afghanen breit und ausführlich in langen Spalten. Kennzeichnend für den republikanischen Geist in diesen Kreisen ist der Demokratische Zeitungsdienst, der wir an Stelle der begehrtesten Lobsprieche in den anderen „Schwarzrotgoldenen“ Organen Berlins auszugswiese wiedergeben. Er schreibt:

„Die Republik hat jetzt eigentlich zum erstenmal ein be-
stimmtes Zeremoniell in Anwendung gebracht und von
Kleinigkeiten abgesehen funktioniert dieses Zeremoniell recht
gut. Die Begrüßung des Königs durch die ehrwürdige Gestalt
des Reichspräsidenten auf dem Lehrter Bahnhof ist sicher auf
Amanullah, der, wie aus seiner ganzen Haltung hervorgeht, selbst
Soldat ist, nicht ohne Eindruck geblieben. Weiterhin erregte die
Schönheit der Königin und der sie begleitenden Prin-
zessen allgemeines Aufsehen, und die Schönheit dieser Damen
hatte gleich bei der Begrüßung in Berlin einen Sieg errungen.
Als der König die Bahnhofshalle verließ, brachte ihm eine
Batterie Reichswehr den Ehrensalut dar. Studenten aus
Afghanistan legten blühenden Aste in die Hand der Königin.
Die Reichswehr spielte das Nationallied des fremden Landes,
und die Bevölkerung begrüßte mit warmer Sympathie den
König, die Königin und die fremden Gäste.“

Wenn schon die republikanische Presse in derartigen Tönen
überfließt, ist es dann ein Wunder, wenn der Sprecher im vermoder-
ten Praterpark mit dem regierenden König von Afghanistan
gleichzeitig auch den Anwärter auf den verfallenen Deutschen
Kaiserthron zu feiern strebt? Wie ein geschäftiger Reklamemann
hat der Schloßherr von Dels die Situation richtig eingeschätzt und
sich gesagt: Wenn die Berliner schon vor dem Afghanen auf den
Knieen liegen, dann werden sie mir ihren Anteil nicht versagen.
Die Berechnung hat sich als richtig herausgestellt. Die Höhenrollen
haben gelernt. Sie wittern Morgenluft. Der Berliner Spieß-
bürger schreit Hurra, ganz gleich, ob Lindbergh von Amerika ge-
flogen kommt oder ob ein autokratischer Despot aus dem Innern
Afghans durch das Brandenburger Tor kutschiert.

nicht. Der nächste Schlag, der aus dem Verlauf des Lohnkampfes
in der mitteldeutschen Metallindustrie zu ziehen ist, ist der, daß die
bisherige Schiedspraxis so schnell wie möglich abgeändert werden
muß.

Damit ist nun aber auch die Situation für die Arbeiterschaft
gekürzt. Es handelte sich in all dem Streit der letzten Wochen
und Monate, und es wird sich handeln in den kommenden Kon-
flikten nicht um einen Pfennig Lohnerhöhung mehr oder
weniger, sondern um die Entscheidung in einem Machtkampf
von grundsätzlicher Bedeutung für die gesamte Ge-
staltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Deutschland.
Die Unternehmer sind bereit, dafür in jedem Falle ihre
ganze Macht einzusetzen. Erst kamen sie mit der Still-
legungsanzeige für die gesamte deutsche Schwerindustrie
heraus. Dann machten sie aus einem Teilstreit sächsischer Hü-
tenarbeiter eine Aussperrung aller sächsischen Hüttenarbeiter.
Dann erweiterten sie den Teilstreit in Mitteldeutschland zur
Aussperrung. Dann bereiteten sie für die gesamte deutsche Me-
tallindustrie die Generalaussperrung vor. Und nun wollen sie
einen Streit von 4000 Berliner Werkzeugmachern mit der Aus-
sperrung von mehr als zweimal hunderttausend Berliner Me-
tallarbeitern beantworten. Wer in all dem nicht die große
Linie einer allgemeingültigen Unternehmertaktik sieht, ist
wahrlich mit Blindheit geschlagen.

Der Kampf in der deutschen Schwerindustrie wurde an